

Schreibwerkstatt AK Kritische Geographie¹ ■

Zwischen den Fronten!? Junge Kritische Geographie und Gesellschaftstheorie im 21. Jahrhundert

Zur Vermittlung kritisch-geographischer Inhalte

An deutschsprachigen Hochschulen werden in erster Linie GeographInnen ausgebildet, die lernen sollen, die Welt mit auswendig gelernten Kategorien zu beschreiben und möglichst „praxiskompatibel“ zu sein. Purer Empirismus, der schnell krude Formen anzunehmen vermag, reicht uns jungen, kritischen GeographInnen nicht aus! Wir fordern – gerade in Zeiten einer zunehmend ökonomisierten Universität – mehr Möglichkeiten und Freiräume, um uns mit der Gesellschaft und ihren Macht- und Herrschaftsverhältnissen auseinanderzusetzen. Die Universität darf nicht nur stromlinienförmige „Leute für die Praxis“ produzieren! Sie ist eine der wenigen Orte in dieser Gesellschaft, an denen Gesellschaftskritik formuliert und geübt werden kann, und das fordert eine kritische Geographie ein. Die kritische Auseinandersetzung mit Gesellschaft und Raum darf kein Luxus sein, den man sich nach getaner Arbeit für Planungsbüros, Wirtschaftsförderungsgesellschaften und Stadtmarketing-Agenturen noch leisten könnte. Sie muss ein integraler Bestandteil des Studiums sein – wo sonst kann gerade den späteren PraktikerInnen Reflexionswissen vermittelt werden?

Die Realität aber sieht leider anders aus: An vielen Instituten kann man zu einem geographischen Hochschulabschluss gelangen, ohne je mit macht- und herrschaftskritischen Theorien in Berührung gekommen zu sein. Kritik – ein Begriff, den sich wohl jedeR noch so konventionelle WissenschaftlerIn zu Eigen machen wird – bedeutet für uns, Kritik an den Machtasymmetrien und Unterdrückungsverhältnissen der Gesellschaft zu üben und zu benennen; an der dem Kapitalismus inhärenten Verwertungslogik und den (teilweise äußerst) subtilen nationalistischen Argumentations- und Funktionsweisen genauso wie an Diskriminierungsformen, die auf Kategorien wie *gender* oder ‘Rasse’ beruhen. Nur eine fundierte, kritische Analyse kann diese gesellschaftlichen Verhältnisse offen legen. Theorien, die sich der Herausforderung stellen, gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse sowie die Antagonismen, die sie produzieren, in den Blick zu nehmen, sind oft nicht so zugänglich wie deskriptive Wissenschaft. Das aber darf nicht dazu führen,

dass kritische Inhalte entweder aufgrund ihrer Komplexität oder aufgrund der Verschlankung der Ausbildung im Rahmen der „Bachelorisierung“ gar nicht erst gelehrt werden. Eine kritische Wissenschaft muss aus unserer Sicht die Potentiale einer radikalen Gesellschaftskritik² nutzen. Eine kritische Geographie gibt sich nicht damit zufrieden, gesellschaftliche Verhältnisse zu beschreiben, sondern versucht, die Wurzeln gesellschaftlicher Antagonismen, Widersprüche und Probleme zu begreifen. Nur solch ein Vorgehen kann den Ausgangspunkt für deren Überwindung liefern.

Frontenbildung innerhalb der kritischen Geographie

Was zeichnet also eine kritische Geographie aus? Ist die geographische Landschaft unübersichtlich geworden? Ist kritische Geographie wirklich noch so kritisch wie sie sich immer gibt? Ist kritische Geographie auf (neo-)marxistische Ansätze zu beschränken? Bieten nicht auch poststrukturalistische Ansätze die Möglichkeit, Gesellschaftskritik zu betreiben respektive zu vertiefen? Oder zieht die Zusage an die poststrukturalistische Geographie eine Absage an alle Möglichkeiten gesellschaftspolitischen Engagements nach sich, da sie untrennbar mit der Devise „anything goes“ verbunden ist?

Die Diskussion dieser Fragen hat zu einer Frontenbildung zwischen der materialistischen und der poststrukturalistischen Geographie geführt, anstatt die innovativen gesellschaftsanalytischen und kritischen Potentiale beider Richtungen zu nutzen, kreativ weiterzuentwickeln und Schnittstellen zu suchen. Während PoststrukturalistInnen „den“ materialistischen GeographInnen zu Unrecht einen ökonomischen Determinismus und im gleichen Atemzug „absolute[n] Essentialismus“ (Mattisek 2005, 113) vorwerfen, reduzieren materialistische VertreterInnen das poststrukturalistische Projekt – ebenfalls zu Unrecht – auf das reine Finden von kontingenten³ diskursiven⁴ Strukturen, in denen sich machtvolle Verhältnisse in vollständige Beliebigkeit auflösen. Indem „von den eingerichteten sozialen Verhältnissen abgesehen“ werde, würden diese – so der Vorwurf – bejaht (Belina 2006, 64).

In Anbetracht dieser Fronten ist die Gefahr groß, dass so manch kritischer studentischer Geist aus Ratlosigkeit bereits im Keime zu ersticken droht. Dabei stellt sich die Frage, warum dies so sein muss, da doch die Absichten gar nicht so konträr sind. Hier gilt es anzuknüpfen und sich von den Fronten freizumachen, die bei genauerem Hinsehen gar keine sind. Ein Denken in Schulen verliert schnell aus den Augen, dass gesellschaftskritische Wissenschaft von der Gesellschaft und ihren Problemen ausgehen sollte und nicht von vorgegebenen akademischen Denkkorsetten.

Zielsetzung

Im vorliegenden Beitrag entwickeln wir die These, dass die Frontenbildung zwischen (Theorie-)Schulen in der Geographie vielleicht eine nette Spielart innerhalb der Wissenschaft, für die Auseinandersetzung mit aktuellen gesellschaftlichen Konflikten jedoch we-

nig sachdienlich ist. Im Beitrag wird daher die Frage behandelt, inwiefern nicht beide Ansätze gesellschaftliche Verhältnisse zu denaturalisieren vermögen und damit die Grundlage für Kritik, eine politische Verortung und dadurch für emanzipatorische Praxis bieten. Wir werden versuchen, die Möglichkeiten und Reichweiten beider Ansätze für das Verständnis aktueller raumrelevanter Probleme und gesellschaftsimmanenter Macht- und Herrschaftsverhältnisse herauszuarbeiten und so eine Grundlage für eine engagierte kritische Wissenschaft bereitzustellen, ohne dabei die erkenntnistheoretischen Unterschiede zwischen beiden Ansätzen zu leugnen. In diesem Sinne kann der Lärm über die Unvereinbarkeit theoretischer Positionen vielleicht ein wenig leiser werden. Kritische Studierende brauchen so erst gar nicht Energie und Ambition zwischen den akademischen Fronten zu verlieren, sondern können sich stattdessen der kritischen Analyse der bestehenden gesellschaftlichen und räumlichen Verhältnisse widmen.

Im Folgenden soll am Gegenstand des Städtewettbewerbs gezeigt werden, wie beide Ansätze zur Erklärung gesellschaftlicher Machtverhältnisse beitragen können, trotz divergierender Grundannahmen einander ergänzende Erkenntnisse über die gesellschaftliche Gewordenheit des interkommunalen Wettbewerbs liefern und damit Ausgangspunkte für Kritik ermöglichen. Dabei soll gezeigt werden, dass weder die materialistische Geographie deterministisch argumentiert, noch die PoststrukturalistInnen die gesellschaftlichen Machtverhältnisse aus ihren Analysen ausklammern.

Beispiel: Materialistische und Poststrukturalistische Zugänge zum Städtewettbewerb

Der Wettbewerb zwischen Städten stellt ein viel diskutiertes Thema in der Stadtgeographie dar. Konfrontiert mit einem ökonomischen und sozialen Strukturwandel sowie knappen öffentlichen Haushalten sehen sich Stadtverwaltungen zunehmend gezwungen, in Konkurrenz zu anderen Kommunen um wirtschaftlichen Erfolg zu kämpfen. Der Wettbewerb um InvestorInnen, einkommensstarke Haushalte, hochqualifizierte Arbeitskräfte, KonsumentInnen und TouristInnen wird mit zahlreichen Anpassungs- und Transformationsprozessen in Verbindung gebracht. Zu nennen wären in diesem Zusammenhang die Stichworte Stadtmarketing, Eventmanagement, Wirtschaftsförderung, Stadt als Marke, Sicherheit und Sauberkeit der Innenstädte, Privatisierung öffentlicher Räume und städtischer Institutionen, New Public Management, soziale Polarisierung oder die unternehmerische Stadt.

Affirmative, nicht-gesellschaftskritische Ansätze betrachten den interkommunalen Wettbewerb nicht als ein gesellschaftliches Verhältnis, sondern als naturgegebenen Sachzwang, der folglich als eigene Handlungsmaxime verinnerlicht wird (vgl. z. B. Blume 2003). In der Regel werden diesbezüglich Strategien entwickelt, die thematisieren, wie sich Städte im Wettbewerbsumfeld am besten positionieren können. Im Vordergrund stehen dabei unter anderem Stadtmarketingforschung, Einzelhandelsanalysen, Wirtschaftsförderung und die Entwicklung von Städteimages (vgl. z. B. Hauff et al. 2007, Meffert

2006). Der Wettbewerb selbst wird weder als gesellschaftlich hergestellt noch als integraler Bestandteil von Machtverhältnissen thematisiert. Eine lokal verstärkte soziale Polarisierung durch Kürzungen im Sozialbereich, das repressive Vorgehen gegen Randgruppen, eine Entdemokratisierung lokaler Politik sowie die einseitige Orientierung an den Interessen von Unternehmen und einkommensstarken Haushalten erscheinen dabei als unvermeidbare Folgen, die die Stadtgesellschaft in einer globalisierten Wirtschaft in Kauf nehmen müsse.

Solch ein Vorgehen wird von der kritischen Geographie als Naturalisierung gesellschaftlicher Verhältnisse enttarnt. Dies wollen wir im Folgenden zeigen. Dazu ist es notwendig, die Konzeptionalisierung des Städtewettbewerbs von materialistischer und von poststrukturalistischer Seite sowie die jeweilige Kritik daran aufzeigen. Dabei soll nicht nur deutlich werden, *dass* die materialistischen wie auch die poststrukturalistischen Ansätze zur Denaturalisierung der scheinbar unentrinnbaren Sachzwänge beitragen können, sondern vor allem auch, *wie* dieser Sachzwang hergestellt wird. Sind es reifizierte⁵ materielle oder diskursive Praktiken, die sich zu machtvollen gesellschaftlichen Strukturen verfestigen?

Materialistische GeographInnen können auf Basis einer polit-ökonomischen Gesellschaftstheorie zeigen, dass Wettbewerb kein naturgegebener, sondern ein gesellschaftlich produzierter 'Sachzwang' ist (vgl. z. B. Brenner/Heeg 1999, Hamm 1999, Harvey 1989, Heeg 2001, Heeg/Rosol 2007, Mitchell 1997). Menschen *machen* dabei zwar „ihre eigene Geschichte“ – und demnach auch ihre Sachzwänge – „aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen“ (Marx 1852/1960, 115). Der Wettbewerb zwischen den Städten ist dieser Argumentation zufolge das Resultat der gesellschaftlichen Krise des Fordismus und gleichzeitig Ausdruck einer postfordistischen Gesellschaftsformation, die durch Deindustrialisierung, Flexibilisierung der Akkumulation, Tertiärisierung der Beschäftigungsverhältnisse, zunehmende Arbeitslosigkeit und soziale Polarisierung geprägt ist (vgl. Brenner 2004, 172 ff, Dangschat/Dietrich 1999, Harvey 1987 und 2007, Hirsch 1996, Kohlmorgen 2004). Die fiskalische Krise des keynesianischen Wohlfahrtsstaates seit den 1970er Jahren und die Globalisierung der Ökonomie, die durch die Liberalisierung des Außenhandels, die Deregulierung der nationalen Finanzmärkte und einem dem Kapitalismus inhärenten Prozess der „Raum-Zeit-Verdichtung“ (Harvey 2007) bedingt ist, haben zu einer Transformation des Nationalstaates vom Wohlfahrtsstaat zum so genannten „Nationalen Wettbewerbsstaat“ (vgl. Hirsch 1996) geführt. Neben Deregulierung, Flexibilisierung und Liberalisierung nationaler Politikfelder ist dieser Prozess durch eine skalare⁶ Verschiebung politischer Regulationsformen von der nationalen auf die supranationale und die lokale Ebene gekennzeichnet (vgl. Brenner 2004). Diese Verschiebung erzwingt die direkte Verhandlung zwischen dem lokalen Staat und dem internationalen Kapital, wodurch die Bedeutung der städtischen Wettbewerbsfähigkeit stark zunimmt. „Das multinationale Kapital sollte heute eigentlich keinen großen Respekt vor der Geographie haben,

öffnet der Abbau räumlicher Schranken ihm doch die ganze Welt wie eine Profit versprechende Auster. Doch hat dieser Abbau auch den entgegen gesetzten Effekt: kleinräumige und minimale Unterschiede zwischen den Qualitäten einzelner Orte [...] werden noch wichtiger, weil das internationale Kapital sie nunmehr besser ausnutzen kann. Aus eben diesem Grund [...] gewinnt der Wettbewerb zwischen den Orten weiter an Bedeutung“ (Harvey 2007, 52). Die Transformation lokaler Politik zur unternehmerischen Stadt ist daher Ausdruck polit-ökonomischer Veränderungen, welche selbst wiederum gesellschaftlich bedingt sind und daher Gegenstand von Kritik werden können und müssen.

Während poststrukturalistische mit materialistischen VertreterInnen dahingehend übereinstimmen, dass Wettbewerb kein naturgebener, sondern ein gesellschaftlich produzierter Sachzwang ist, unterscheiden sie sich hinsichtlich ihrer Perspektive auf die Verfasstheit der gesellschaftlichen Verhältnisse. Im Gegensatz zu den materialistischen GeographInnen, die die materiellen, polit-ökonomischen Grundlagen gesellschaftlicher Verhältnisse fokussieren, betonen PoststrukturalistInnen die prinzipielle Kontingenz von Wirklichkeit, in der gesellschaftliche Verhältnisse Resultat diskursiver Praktiken sind. Wettbewerb wird hier als diskursive Praxis verstanden, die sich durch permanente Reifizierung in der gegenwärtigen Gesellschaft so verfestigt hat, dass sie zu einer quasi-objektiven Struktur, einer so genannten „diskursiven Formation“ (Foucault 2005, 58) wird. Vor dem Hintergrund einer prinzipiellen Kontingenz der Wirklichkeit werden ökonomische Sachzwänge nicht als Ursache, sondern als Effekte diskursiver Strukturen betrachtet (vgl. Matissek 2005, 120). Wettbewerb muss demnach als diskursive Formation verstanden werden, mit Hilfe derer gegenwärtige Machtstrukturen aufrechterhalten und reproduziert werden. „Die Generalisierung der ökonomischen Form hat zwei wichtige Aufgaben: Erstens fungiert sie als Analyseprinzip, indem sie nicht-ökonomische Bereiche und Handlungsformen mittels ökonomischer Kategorien untersucht. [...] Zweitens besitzt das ökonomische Raster aber auch Programm-Charakter, indem es die kritische Bewertung der Regierungspraktiken anhand von Marktbegriffen erlaubt“ (Lemke et al. 2000, 16 f.). Durch die Verbreitung eines neoliberalen⁷ Diskurses in sämtlichen Lebensbereichen, der in allen gesellschaftlichen Schichten und Medien, von ArbeiterInnen bis zu leitenden Angestellten, von den Zeitungen bis hin zur Ratgeberliteratur Verbreitung findet, wird dieser als „eine Art permanentes ökonomisches Tribunal“ (Foucault, zit. nach Lemke et al. 2000, 17) in der Gesellschaft verankert und damit auch in Bereichen zu einer hegemonialen Handlungsrationalität, die zuvor durch andere Rationalitäten (wie z. B. Wohlfahrt, Solidarität o. ä.) geprägt waren. Die Restrukturierung der öffentlichen Verwaltung durch die Implementierung neuer Formen des Public Managements ist ein exemplarischer Ausdruck dieser Entwicklung.

Durch die unterschiedlichen Zugänge der Ansätze zum interkommunalen Städtewettbewerb führen einige AutorInnen unterschiedliche, aus unserer Sicht teilweise verkürzte und unberechtigte Kritikpunkte gegeneinander ins Feld. Die PoststrukturalistInnen werfen den materialistischen GeographInnen vor, sie würden die Handlungen städtischer

Akteure als ökonomisch determiniert konzeptionalisieren: „Kritisiert wird [...] vor allem die deterministische und essentialistische Rolle, die ökonomischen Zusammenhängen bezüglich der Strukturierung der Gesellschaft zugeschrieben wird. Wirtschaftliche Gesetzmäßigkeiten werden somit als naturgegeben und unveränderlich verstanden und können nicht mehr als gesellschaftlich produzierte Phänomene hinterfragt werden“ (Matissek 2005, 115). Umgekehrt kritisieren VertreterInnen der materialistischen Geographie am poststrukturalistischen Paradigma, die Behauptung einer kontingenten Wirklichkeit münde letzten Endes in Beliebigkeit, da sie durch die Betonung der Kontingenz und Konstruiertheit von Wirklichkeit aus den Augen verliert, dass gesellschaftliche Strukturen stets machtgeladen sind. Auf solch einer Grundlage mache es keinen Sinn mehr, Kritik zu üben. Darüber hinaus vergessen sie aus Sicht der materialistischen GeographInnen, dass diskursive Strukturen stets an materielle Grundlagen gebunden sind – ein Argument, das bereits Marx in ähnlicher Weise herausarbeitete: „Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt“ (Marx 1859/1971, 9).

Ein Denken, das nur die Unterschiede zwischen den Schulen betont, führt zu Lagerdenken. Damit wird der Blick auf die Möglichkeiten und Potentiale versperrt, welche durch die Verbindung beider Ansätze die Frage des interkommunalen Wettbewerbs angemessener konzeptionalisieren könnte. So vergisst eine Diskursanalyse, die interkommunalen Wettbewerb ohne Rückgriff auf die materielle Basis bzw. die Verschiebungen innerhalb der kapitalistischen Akkumulation zwischen Fordismus und Postfordismus erklären will, allzu leicht die gesellschaftlichen Verhältnisse, von denen sie einst ausging. Materialistische Ansätze hingegen können zwar erkennen, dass der interkommunale Wettbewerb kein naturgegebener Sachzwang ist, liefern allerdings häufig unscharfe und oberflächliche Erklärungen dafür, warum dieser als Handlungsmaxime von Akteuren verinnerlicht und dadurch derart wirkmächtig wird. Diesen Erklärungsdefiziten soll im Folgenden durch die Gegenüberstellung der theoretischen Zugänge zur Subjektkonstitution in der materialistischen Ideologie- und der poststrukturalistischen Diskurs-Konzeption begegnet werden.

Diskurs und Ideologie – zwei Seiten, eine Medaille

Vermittelnde Erkenntnisse bieten poststrukturalistische und materialistische Ansätze bei der Frage um die Bedeutung des „unternehmerischen Selbst“ (vgl. Bröckling 2007) im interkommunalen Wettbewerb. Poststrukturalistische wie materialistische Konzeptionen stimmen dahingehend überein, dass Subjekte nicht ontisch vorbestimmt und naturgegeben, sondern gesellschaftlich hergestellt sind. Eine angemessene Konzeption des ‘Subjekts’ bedarf einer Theorie seiner diskursiven In-Formation⁸ genauso wie einer Theorie seiner ideologischen Anrufung. Das bedeutet, dass auf der Ebene des Subjektbegriffs eine Annäherung diskursiver und materialistischer Ansätze in beiden Theorien zu beobachten ist, wenn auch nicht immer dieselben Begriffe verwendet werden. Die Konstitution von Subjekten lässt sich in den poststrukturalistischen Theorien am besten anhand der

gouvernementality-studies (vgl. Foucault 1978, 2004a und 2004b, Bröckling et al. 2000, Bröckling 2007, Krasmann/Volkmer 2007) aufzeigen: Sie basieren auf dem Foucault'schen Begriff der Regierung, welcher zwischen 'Macht' und 'Subjektivität' sowie zwischen 'Diskursivität' und 'Körperlichkeit' vermittelt. Subjektivierung wird hier als Formungsprozess verstanden, in dem sich Mechanismen gesellschaftlicher Zurichtung und Selbstmodellierung ineinander verschränken. Das Subjekt ist demnach nicht als eine fixe A-priori-Kategorie, sondern als ein kontingenter Effekt zwischen Diskursformationen, gesellschaftlichen Machtverhältnissen und Selbsttechnologien aufzufassen. In spätkapitalistischen Gesellschaften wird es zur Projektionsfläche neoliberaler Imperative. Das Subjekt „ist der Fluchtpunkt der Definitions- und Steuerungsanstrengungen, die auf es einwirken und mit denen es auf sich selbst einwirkt. Ein soziales Problem und eine individuelle Aufgabe; kein Produkt, sondern ein Produktionsverhältnis“ (Bröckling 2007, 22).

Unter Rückgriff auf poststrukturalistische Theorien können sprachliche Praktiken und Subjektivierungstechniken untersucht werden, die hegemoniale gesellschaftliche Verhältnisse stützen. Im Rahmen postfordistischer Stadtforschung kann man damit zum Beispiel die Verinnerlichung des Bildes vom Wettbewerb der Städte und die Herstellung unternehmerischer Subjekte erforschen. Der sonst auf ökonomische Zwänge verengte Machtbegriff wird etwa durch die Betrachtung kultureller oder symbolischer – kurz diskursiver – Machtverhältnisse erweitert (vgl. Demiroviæ 2008). Eine neoliberale Handlungsrationale wird als diskursives Deutungsmuster verabsolutiert und verinnerlicht, so dass der interkommunale Wettbewerb seine Wirkmächtigkeit durch die in-formierten Handlungen der Subjekte entfaltet. Damit kann erklärt werden, warum Subjekte, die nicht direkt den freien Kräften des Marktes ausgesetzt sind, trotzdem zu 'ManagerInnen' des 'Unternehmens Stadt' werden. Vor diesem Hintergrund bündelt der dominante Diskurs des Städtewettbewerbs nicht nur normative Richtlinien zur flexiblen Restrukturierung von Stadtverwaltungen, sondern stellt neoliberale Imperative und Handlungsmaximen her, die die Deutungsmuster städtischer Verwaltungsangestellten beeinflussen und so ihrem Selbstverhältnis Form und Richtung aufprägen. Das „unternehmerische Selbst“ ist also eine Subjektposition,⁹ die der Diskurs des interkommunalen Wettbewerbs bereitstellt. Innerhalb einer ökonomisierten Verwaltung werden nur diejenigen anschlussfähig und erfolgreich sein, die diese Position ausfüllen, da nur sie im „Feld des Sagbaren“ (Foucault 2003a, 45) liegt. Dies erklärt, warum in vielen Kommunalverwaltungen unternehmerisches Handeln gängige Praxis ist, ohne Widerstand zu evozieren und Akteure sich auch ohne direkten Zwang häufig durch ein hohes Maß an Selbstmotivation bei der Etablierung neoliberaler Stadtumstrukturierungen auszeichnen.

Die poststrukturalistische Konzeption des Diskurses bietet also die Möglichkeit zu erklären, wie Subjekte und Handlungsrationale hergestellt werden. Damit gewinnt man eine Perspektive, mit Hilfe derer die Funktionsweise dessen, was die materialistischen Ansätze die „relative Autonomie“ der Ideologie nennen, zu erforschen. Diese soll im Folgenden vorgestellt werden.

Eine materialistische Betrachtung des interkommunalen Wettbewerbs bietet die Möglichkeit, Diskurse an die materiellen Orte der Wissensproduktion sowie an die polit-ökonomische Verfasstheit der Gesellschaft zurückzubinden. Dies heißt aber nicht, dass die polit-ökonomische Basis den ideellen Überbau determiniert. Materialistische Ansätze bieten eine gute Möglichkeit zur Klärung der Frage, wie bestimmte gesellschaftliche Verhältnisse bestimmte Ideologien hervorbringen und somit, wie die Basis auf den Überbau wirkt. In der materialistischen Interpretation ist der interkommunale Wettbewerb eine Ideologie, die gesellschaftliche Verhältnisse verschleiert. Sie gehört damit „nicht zur polit-ökonomischen ‘Basis’ [...], sondern wird [...] auch (ideeller) ‘Überbau’ genannt“ (Kappeler 2008, 265). Interkommunaler Wettbewerb ist als Ideologie zu verstehen, die als ‘relativ autonomer’ (Poulantzas 2002, 158; vgl. Hirsch/Kannankulam 2006), von der gesellschaftlichen Basis abstrahierter Bereich (vgl. Schmidt 2008) quasi-objektiv wirkt und damit das Handeln städtischer Akteure strukturiert. Gleichzeitig aber fußt diese Ideologie auf den kapitalistischen Produktionsverhältnissen: „Die herrschenden Gedanken sind weiter Nichts als der ideelle Ausdruck der herrschenden materiellen Verhältnisse, die als Gedanken gefassten herrschenden materiellen Verhältnisse“ (Marx 1845-1846/1969, 46). Ideologie ist damit in der Lage, Zustimmung zu ungleichen Machtverhältnissen selbst unter denen herzustellen, die durch diese Verhältnisse benachteiligt werden. Dies geschieht, indem durch eine fetischisierte¹⁰ Wahrnehmung die historische Gewordenheit der Verhältnisse verschwiegen wird und sie daher als naturgegeben und unumgänglich erscheinen. Verwirklicht wird die Zustimmung der Subjekte durch einen Prozess, den Althusser die „ideologische Anrufung der Subjekte“ nennt: „Durch die Funktionsweise der Kategorie des Subjekts ruft jede Ideologie die konkreten Individuen als konkrete Subjekte an“ (Althusser 1977, 142). Erst indem ein Subjekt in einer bestimmten gesellschaftlichen Funktion angerufen wird, verkörpert es diese Funktion. „Althusser spricht von Ideologie als durch gesellschaftliche Praktiken strukturiertes affirmatives und imaginäres Verhältnis der Subjekte zu ihren herrschaftsförmigen Existenzbedingungen“ (Kappeler 2008, 266, in Anlehnung an Althusser 1977, 133 ff.). Bezogen auf den Standortwettbewerb folgt daraus, dass städtische Verwaltungsangestellte als unternehmerische Subjekte angerufen werden, sich damit unternehmerische Ziele zu Eigen machen, dementsprechend handeln und sie mit einer Vehemenz vertreten, als wären es die ihrigen. Der Prozess der Anrufung der Verwaltungsangestellten als unternehmerische Subjekte stellt ihre materiellen Interessen erst her. Dies funktioniert auch, wenn dies zum Nachteil der Angestellten geschieht. So ist etwa die häufig hohe Zustimmung zur Verschlinkung und Entbürokratisierung der Verwaltung, selbst wenn damit eine Gefährdung des eigenen Arbeitsplatzes einhergeht, in diesem Sinne zu begreifen.

Fazit

Sieht man vom unterschiedlichen Sprachgebrauch ab, lässt der Vergleich poststrukturalistischer und materialistischer Subjektivierungstheorien weit reichende Überschnei-

dungen sichtbar werden. Ohne die epistemologischen Unterschiede der beiden Ansätze zu leugnen, konnte der mögliche Erkenntnisgewinn für die Analyse des interkommunalen Wettbewerbs jenseits akademischer Denkschulen aufgezeigt werden. Der poststrukturalistische Begriff des Diskurses weist strukturelle Ähnlichkeiten mit dem materialistischen Konzept der Ideologie auf. Beide „in-formieren“ das Subjekt: In poststrukturalistischen Ansätzen im Anschluss an Foucault wird dies durch die Subjektpositionen erklärt. Sie ermöglichen dem Subjekt zu sprechen, allerdings nur in dem diskursiv gesteckten „Feld des Sagbaren“ (Foucault 2003a, 45), weshalb sich das Mögliche auf die jeweilige „diskursive Formation“ (Foucault 2005, 58) beschränkt. Diese Definition bestimmter Handlungsoptionen und -rationalitäten über Subjektpositionen ähnelt dem Prinzip der Anrufung des Subjekts in Anlehnung an Althusser. Dies mag wenig verwundern, da Foucaults Theorie eine Weiterentwicklung des strukturalistischen Ansatzes Althussters darstellt (vgl. Bröckling 2007, 31). Bei der Anrufung wird das Subjekt durch eine bestimmte Ideologie „in-formiert“ und damit in seine gesellschaftlichen Grenzen verwiesen. Diskurs und Ideologie sind zwei ähnliche Formen, die das Subjekt auch in seiner Materialität und Körperlichkeit konstituieren. Sie machen das Subjekt gefügig, indem sie Zustimmung zu bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen bei ihm erzeugen. Beide schließen nicht-wirtschaftliche Handlungsweisen (z. B. Solidarität oder Wohlfahrt) als nicht-rational aus, die somit außerhalb des Feldes des Sagbaren liegen.

Beide Ansätze kommen in der Analyse unternehmerischen Handelns im Rahmen des interkommunalen Wettbewerbs zu ähnlichen Ergebnissen. Sie liefern beide, von jeweils anderen Grundannahmen ausgehend, eine schlüssige Erklärung für das angepasste, stromlinienförmige Verhalten vieler städtischer Akteure sowie den weitgehend fehlenden Widerstand gegen neoliberale Regierungs- und Verwaltungs(re)formen im öffentlichen Leben.

Der Gewinn eines solchen Zusammendenkens beider Ansätze beschränkt sich nicht auf die Parallelisierung der Begriffe Diskurs und Ideologie bzw. Subjektposition und Anrufung. Er ergibt sich insbesondere aus der Beleuchtung der Wechselwirkung zwischen der Entstehung bestimmter gesellschaftlicher Verhältnisse, ihrer Reproduktion sowie der Stabilisierung durch bestimmte Ideologien und Diskurse. Hier zeigt sich, dass nicht beliebige Diskurse beliebige Subjekte konstituieren, sondern dass Diskurse zur Reproduktion und Stützung hegemonialer gesellschaftlicher Verhältnisse beitragen. Der Diskurs des interkommunalen Wettbewerbs sowie die Subjektposition des unternehmerischen Selbst stützen das neoliberale und postfordistische Produktionsregime. Erst in der Wechselwirkung zwischen der materiellen Ebene der gesellschaftlichen Verhältnisse und der diskursiven bzw. ideologischen Ebene ihrer Reproduktion werden die Macht- und Herrschaftsverhältnisse, welche beide Ebenen durchziehen, verständlich und kritisierbar. Daher ist es aus Sicht einer jungen kritischen Geographie, die den Anspruch der Gesellschaftskritik ernst nimmt, unverzichtbar, beide Seiten – die materielle wie die diskursive – zusammenzudenken.

Durch eine solche Herangehensweise sollen die Unterschiede beider Denktraditionen nicht negiert werden. Vielmehr wollten wir zeigen, inwiefern „poststrukturalistische Theorien [...] das Analyse- und Kritikpotential materialistischer Ansätze erweitern und vertiefen können. Die *Erweiterung* liegt in der Ergänzung des Begriffs des Materiellen um die [...] realitätskonstituierende Bedeutung von Diskursen [...]. Die *Vertiefung* besteht in der umfassenden Konzeptualisierung von Subjektivierungsprozessen, die nicht nur die Auseinandersetzungen zwischen Klassen [...] thematisieren, sondern auch die Konstitutionsprozesse von Subjektivität einbezieht“ (Lemke 2007, 50, Hervorhebungen original). Darüber hinaus ermöglicht die Rückbindung diskursiver Machtasymmetrien an gesellschaftliche Verhältnisse ein notwendiges, kritisches politisches Engagement, dass sich seiner eigenen diskursiven Verortung und der Notwendigkeit einer Schließung im Rahmen eines strategischen Essentialismus sehr bewusst ist: „Wer immer sich bewusst oder aus Versehen an der Verschleierung oder, schlimmer noch, an der Verleugnung der Tatsache beteiligt, dass die soziale Ordnung von Menschen gemacht, dass sie so, wie sie ist, nicht unvermeidlich, dass sie kontingent und veränderbar ist, der handelt unmoralisch – der erfüllt den Tatbestand der unterlassenen Hilfeleistung“ (Bauman 2003, 252).

Ausblick

Junge und undogmatische kritische Geographie, als die wir diesen Ansatz verstehen, ist imstande, weit über den unkritischen Empirismus, der an den Universitäten gelehrt wird, hinaus fruchtbare Beiträge zu aktuellen gesellschaftstheoretischen Debatten zu liefern und sie durch die Perspektive Studierender zu bereichern. Um aber überhaupt tragfähige Positionen einnehmen zu können, braucht es Lust und das nötige Ausharrungsvermögen, sich mit Gesellschaft, ihren Widersprüchen und theoretischen Fragen auseinanderzusetzen. Zudem benötigt es an einem der (potentiell) wichtigsten Orte kritischer Wissensproduktion – der Universität – Möglichkeiten und Freiräume, wenn eine kritische Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse jenseits von Theorie-Schulendenken verwirklicht und für die Zukunft etabliert werden soll. Dass dies möglich ist, wurde bei der Forschungswerkstatt Kritische Geographie Anfang Oktober 2008 in Frankfurt/Main offenkundig: Hier wurden unterschiedliche gesellschaftskritische Ansätze von Studierenden und Lehrenden kritisch diskutiert und weiterentwickelt.

Als wichtige studentische Institution für die Auseinandersetzung mit gesellschafts- und machtkritischen Strömungen innerhalb der Geographie hat sich der Arbeitskreis Kritische Geographie etabliert. Sowohl bundesweit als auch an verschiedenen Instituten sind informelle, selbstorganisierte Lehrformen, im Rahmen derer interessierte Studierende es mit Gesellschaftskritik aufnehmen, gängige Praxis. Formen des selbstorganisierten Lernens zählen gerade vor dem Hintergrund zunehmend restriktiver Lehrpläne zu den zentralen Möglichkeiten der kritischen Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Verhältnissen. Es zeigt sich in solchen Kreisen immer wieder, wie fruchtbar eine geographische Auseinandersetzung mit kritischen Gesellschaftstheorien sein kann, wenn sie gesellschafts-

politischer Motivation und nicht allein dem Scheinerwerb entspringt.

Die zunehmende Ökonomisierung der Studiengänge birgt allerdings die Gefahr, Gesellschaftskritik auf dem Altar der ökonomischen Verwertbarkeit und der „Praxisrelevanz“ zu opfern. Wir ermuntern daher Lehrende, vor allem aber Studierende dazu, die Auseinandersetzung mit gesellschaftskritischen Ansätzen jenseits verkrusteter Theoriefronten zu wagen. Denn das ist und braucht kritische Geographie im 21. Jahrhundert!

Anmerkungen

- 1 Die Schreibwerkstatt ist im Rahmen des AK Kritische Geographie entstanden, der junge Kritische GeographInnen auf Bundesebene zusammenbringt. An der Schreibwerkstatt waren beteiligt: Anika Duvneck, Iris Dzudzek, Michael Keizers, Michael Mießner, Sebastian Schipper und Michael Wudi. Wir danken allen jungen Kritischen GeographInnen für ihre Begeisterung und die anregenden Diskussionen, ohne die dieser Artikel nicht entstanden wäre.
- 2 Da sich unser Beitrag nicht nur an WissenschaftlerInnen und Studierende mit entsprechenden Vorkenntnissen in kritischer Gesellschafts- und Geographietheorie richtet, sondern auch an Studierende, die bisher selten auf Diskussionen zur Kritik von machtvollen gesellschaftlichen Verhältnissen gestoßen sind, erläutern wir einige voraussetzungsreiche theoretische Begriffe in Fußnoten. Als „radikale Kritik“ verstehen wir eine Form der Kritik, die konsequent – im etymologischen Sinne – die *Wurzeln* und Ursprünge der gesellschaftlichen Verfasstheit hinterfragt und kritisiert, um sie somit als überwindbar zu erkennen, wobei sich die Kritik einer Destruktivität nicht entziehen kann und nicht im reformistischen Zwang konstruktive Antworten geben muss.
- 3 Der Begriff Kontingenz wird von anti-essentialistischen Theorien verwendet und verweist auf die Tatsache, dass die Wirklichkeit prinzipiell immer auch anders sein könnte. Der Grund dafür, dass die Welt so ist wie sie ist, liegt in den gegenwärtigen Machtverhältnissen, die ihre Form bestimmen. Diese werden aber stets als temporär und prinzipiell überwindbar verstanden. Anti-essentialistische Theorien zielen in einer dekonstruktivistischen Denkbewegung darauf ab, die inneren Widersprüche der bestehenden Machtverhältnisse offen zu legen und damit ihre temporäre Fixierung zu destabilisieren.
- 4 Der Begriff des Diskurses in Anschluss an Foucault beschreibt einen Korpus an Aussagen, der zu einer bestimmten Zeit innerhalb einer bestimmten Gesellschaft das „Feld des Sagbaren“ konstituiert. Dieses Feld wird durch Formationsregeln gebildet und dient der Aufrechterhaltung der diskursiven Ordnung. „In dem Fall, wo man in einer bestimmten Zahl von Aussagen ein ähnliches System der Streuung beschreiben könnte, in dem Fall, in dem man die den Objekten, den Typen der Äußerung, den Begriffen, den thematischen Entscheidungen eine Regelmäßigkeit (eine Ordnung, Korrelationen, Positionen und Abläufe, Transformationen) definieren könnte, wird man übereinstimmend sagen, dass man es hier mit einer *diskursiven Formation* zu tun hat

[...] Man wird *Formationsregeln* die Bedingungen nennen, denen die Elemente dieser Verteilung unterworfen sind ...“ (Foucault 2005, 58). Die Analyse von Regeln, die die „innere Ökonomie des Diskurses“ (Foucault 2003a, 45) beschreiben, lassen Rückschlüsse auf die Verfasstheit der Gesellschaft zu, da ihre Sprache Ausdruck sozialer Ordnung ist.

- 5 Reifizierung meint hier die Herausbildung von quasi-objektiven Strukturen durch eine ständige Praxis der Wiederholung. Während (neo-)marxistische Ansätze die Herausbildung gesellschaftlicher Strukturen durch materielle Praktiken herausstellen, betonen poststrukturalistische Ansätze die Herausbildung machtvoller gesellschaftlicher Strukturen durch diskursive Praktiken.
- 6 Der Begriff weist auf die scale-Debatte in der angloamerikanischen radical geography hin. „Sie ist gewissermaßen die Anwendung der Idee, dass auch der Raum soziales Produkt ist auf die Frage nach dem Verhältnis der verschiedenen räumlichen Maßstabsebenen (global, national, regional und lokal) zueinander“ (Belina 2006, 67, vgl. Wissen 2008).
- 7 Die Verwendung des Begriffes „neoliberal“ geschieht hier in Anlehnung an Michel Foucault und die governmentality-studies: „Anders als in der klassisch-liberalen Rationalität definiert und überwacht der Staat nicht länger die Marktfreiheit, sondern der Markt wird selbst zum organisierenden und regulierenden Prinzip des Staates. [...] Es ist die Form des Marktes, die als Organisationsprinzip des Staates und der Gesellschaft dient.“ (Lemke et al. 2000, 15).
- 8 Der Begriff der „In-Formation“ zielt auf die Verinnerlichung von äußeren Machtwirkungen, so dass diese in der Form und Formation des Körpers auch materiell sichtbar werden. Das Besondere ist, dass man dazu „keine Waffen, keine physischen Gewaltmaßnahmen, keine materiellen Zwänge [braucht]. Sondern einen Blick. Einen Blick, der überwacht, und den jeder, indem er ihn auf sich ruhen spürt, am Ende so verinnerlichen wird, dass er sich selbst beobachtet; jeder wird so diese Überwachung über und gegen sich selbst ausüben. Eine wunderbare Formel: eine kontinuierliche Macht, und zu letzten Endes lächerlichen Kosten“ (Foucault 2003b, 260f). Die In-Formation beschreibt also einen Prozess, in dem äußerlicher Zwang zu Selbstzwang wird. „Die Machtverhältnisse gehen in das Innere der Körper über“ (Foucault 2003c).
- 9 Das poststrukturalistische Konzept der Subjektposition hinterfragt die herkömmliche Vorstellung des autonom handelnden Subjekts, das sich durch eine (einheitliche) Identität und Autorität auszeichnet. Eine Subjektposition steckt die Möglichkeiten des Sagbaren und des Machbaren in einer Gesellschaft ab. Diese Positionen werden von den Diskursen bereitgestellt und durch die Subjekte reproduziert.
- 10 Marx bezeichnet als Fetischismus, dass die Menschen ihre gesellschaftlichen Verhältnisse täglich selber machen, diese ihnen jedoch als Naturgesetz *erscheinen* (vgl. Marx 1867/1988, 89).

Literatur

- Althusser, Louis 1977: Ideologie und ideologische Staatsapparate. Aufsätze zur marxistischen Theorie. Hamburg/Westberlin.
- Bauman, Zygmunt 2003: Flüchtige Moderne. Frankfurt a. M.
- Belina, Bernd 2006: Raum, Überwachung, Kontrolle. Vom staatlichen Zugriff auf städtische Bevölkerung. Münster.
- Blume, Lorenz 2003: Kommunen im Standortwettbewerb. Theoretische Analyse, volkswirtschaftliche Bewertung und empirische Befunde am Beispiel Ostdeutschlands. Baden-Baden.
- Brenner, Neil 2004: New state spaces. Urban governance and the rescaling of statehood. Oxford.
- Brenner, Neil, Susanne Heeg 1999: Lokale Politik und Stadtentwicklung nach dem Fordismus: Möglichkeiten und Beschränkungen. In: Kurshefte, H. 2, S. 102-119.
- Bröckling, Ulrich 2007: Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform. Frankfurt a. M.
- Bröckling, Ulrich, Thomas Lemke, Susanne Krasmann (Hg.) 2000: Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt a. M.
- Dangschat, Jens, Ben Diettrich 1999: Regulation, Nach-Fordismus und „global cities“ – Ursachen der Armut. In: Jens Dangschat (Hg.): Modernisierte Stadt – Gespaltene Gesellschaft. Ursachen von Armut und sozialer Ausgrenzung. Opladen. S. 73-112.
- Demiroviæ, Alex 2008: Das Wahr-Sagen des Marxismus: Foucault und Marx. In: Prokla, H. 151, S. 179-202.
- Foucault, Michel 1978: Gouvernementalität. In: Ulrich Bröckling, Thomas Lemke, Susanne Krasmann (Hg.) 2000: Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt a. M. S. 41-67.
- Foucault, Michel 2003a: Die Ordnung des Diskurses. Frankfurt a. M.
- Foucault, Michel 2003b: Das Auge der Macht. Gespräch mit J.-P. Barou und M. Perrot. In: Michel Foucault, Daniel Defert, Michael Bischoff (Hg.) 2003: Dits et Ecrits. Schriften 1976-1979. Frankfurt a. M. S. 250-272.
- Foucault, Michel 2003c: Die Machtverhältnisse gehen in das Innere der Körper über (Gespräch). In: Michel Foucault, Daniel Defert, Michael Bischoff (Hg.) 2003: Dits et Ecrits. Schriften 1976-1979. Frankfurt a. M. S. 298-309.
- Foucault, Michel 2004a: Geschichte der Gouvernementalität. Bd. 1: Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Frankfurt a. M.
- Foucault, Michel 2004b: Geschichte der Gouvernementalität. Bd. 2: Die Geburt der Biopolitik. Frankfurt a. M.
- Foucault, Michel 2005: Archäologie des Wissens. 1. Aufl. [Nachdruck] Frankfurt a. M.
- Hamm, Bernd 1999: Globalisierung und Stadtentwicklung. In: Geographische Revue, H. 1, S. 35-63.

- Harvey, David 1987: Flexible Akkumulation durch Urbanisierung: Reflektion über Postmodernismus in amerikanischen Städten. In: Prokla, H. 69, S. 109-131.
- Harvey, David 1989: From managerialism to entrepreneurialism: the transformation in urban governance in late capitalism. In: Geografiska Annaler, Series B, H. 71, S. 3-17.
- Harvey, David 2007: Zwischen Raum und Zeit: Reflektionen zur Geographischen Imagination. In: Bernd Belina, Boris Michel (Hg.): Raumproduktionen. Beiträge der Radical Geography. Eine Zwischenbilanz. Münster. S. 36-60.
- Hauff, Thomas, Bernadette Spinnen, Berthold Tillmann 2007: Marktorientierte Führung für Kommunen. Anspruch, Praxis, Perspektiven eines ganzheitlichen Stadtmarketings. In: Manfred Bruhn, Manfred Kirchgeorg, Johannes Meier (Hg.): Marktorientierte Führung im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel. Heribert Meffert zum 70. Geburtstag. Wiesbaden. S. 349-382.
- Heeg, Susanne 2001: Unternehmen Stadt zwischen neuen Governanceformen und Sicherheitspolitik. In: SPW, H. 118, S. 41-44.
- Heeg, Susanne, Marit Rosol 2007: Neoliberale Stadtpolitik im globalen Kontext. Ein Überblick. In: Prokla, Jg. 37, H. 149, S. 491-510.
- Hirsch, Joachim 1996: Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus. Berlin.
- Hirsch, Joachim, John Kannankulam 2006: Poulantzas und Formanalyse. Zum Verhältnis zweier Ansätze materialistischer Staatstheorie. In: Lars Bretthauer, Alexander Gallas, John Kannankulam, Ingo Stützle (Hg.): Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie. Hamburg. S. 65-81.
- Kappeler, Florian 2008: Die Ordnung des Wissens. Was leistet Michel Foucaults Diskursanalyse für eine kritische Gesellschaftstheorie? In: Prokla, H. 151, S. 255-270.
- Kohlmorgen, Lars 2004: Regulation, Klasse, Geschlecht. Die Konstituierung der Sozialstruktur im Fordismus und Postfordismus. Münster.
- Krasmann, Susanne, Michael Volkmer (Hg.) 2007: Michel Foucaults „Geschichte der Gouvernementalität“ in den Sozialwissenschaften. Internationale Beiträge. Bielefeld.
- Lemke, Thomas, Susanne Krasmann, Ulrich Bröckling 2000: Gouvernementalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien. Eine Einleitung. In: Ulrich Bröckling, Thomas Lemke, Susanne Krasmann (Hg.): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt a. M. S. 7-40.
- Lemke, Thomas 2007: Eine unverdauliche Mahlzeit? Staatlichkeit, Wissen und die Analytik der Regierung. In: Susanne Krasmann, Michael Volkmer (Hg.): Michel Foucaults „Geschichte der Gouvernementalität“ in den Sozialwissenschaften. Internationale Beiträge. Bielefeld. S. 47-74.
- Marx, Karl 1845-1846: Die deutsche Ideologie. Berlin 1969 (MEW 3).
- Marx, Karl 1852: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. Berlin 1960 (MEW 8).
- Marx, Karl 1859: Zur Kritik der politischen Ökonomie. Berlin 1971 (MEW 13).
- Marx, Karl 1867: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Bd. 1: Der Produktions-

-
- prozeß des Kapitals. Berlin 1988 (MEW 23).
- Mattisek, Annika 2005: Diskursive Konstitution von Sicherheit im öffentlichen Raum am Beispiel Frankfurt am Main. In: Georg Glasze, Robert Pütz, Manfred Rolfes (Hg.): Diskurs – Stadt – Kriminalität. Städtische (Un-)Sicherheiten aus der Perspektive von Stadtforschung und Kritischer Kriminalgeographie. Bielefeld. S. 105-136.
- Meffert, Heribert 2006: Stadtentwicklung und Stadtmarketing. Münster im Spannungsfeld zwischen Tradition und Moderne. Dankesrede anlässlich der Überreichung der Paulus Plakette. Münster.
- Mitchell, Don 1997: The Annihilation of Space by Law. The Roots and Implications of Anti-Homeless Laws in the United States. In: Antipode, H. 29, S. 303-335.
- Poulantzas, Nicos 2002: Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Eatismus. Hamburg.
- Schmidt, Christian 2008: Die Reproduktion der Gesellschaft und die Praktiken der Freiheit. In: Prokla, H. 151, S. 237-254.
- Wissen, Markus 2008: Zur räumlichen Dimensionierung sozialer Prozesse. Die Scale-Debatte in der angloamerikanischen Radical Geography – eine Einleitung. In: Markus Wissen, Bernd Röttger, Susanne Heeg (Hg.): Politics of Scale. Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik. Münster. S. 8-32.